

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Freitag. Abonnementspreis 1,50 M. in den Bezirken 1,00 M., bei Postung im Ausland 1,50 M. bei Postung im Ausland 2,00 M. Einzelhefte 50 Pf. Druck- und Verlagsanstalt: C. O. Rohberg (Inh. Ernst Rohberg jun.) in Frankenberg. Verantwortl. für die Redaktion: Karl Meier in Frankenberg.

Das Blatt erscheint an jedem Freitag. Abonnementspreis 1,50 M. in den Bezirken 1,00 M., bei Postung im Ausland 1,50 M. bei Postung im Ausland 2,00 M. Einzelhefte 50 Pf. Druck- und Verlagsanstalt: C. O. Rohberg (Inh. Ernst Rohberg jun.) in Frankenberg. Verantwortl. für die Redaktion: Karl Meier in Frankenberg.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Zittau, des Amtsgerichts Zittau und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa bestellbarerweise bestimmte Blatt. Druck- und Verlag: C. O. Rohberg (Inh. Ernst Rohberg jun.) in Frankenberg. Verantwortl. für die Redaktion: Karl Meier in Frankenberg.

Nr. 239 Mittwoch den 12. Oktober 1927 nachmittags 86. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Reichskanzler Dr. Marx traf gestern zu einem Besuch von Rheinischen in Mainz ein. In einer Aussprache zwischen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär Dr. Welkmann als Vertreter Pruhens einerseits und dem Berliner Hoteliers andererseits ist es zu einem Kompromiß in der Flaggentage gekommen. Der Streit der Berliner Hochhäuser hat kein Ende gefunden. Die gestrigen Verhandlungen vor dem Schlichter haben zu einer Einigung geführt, so daß die Arbeit am Mittwoch morgen wieder aufgenommen wird. Die Wiener Reise des Reichskanzlers Dr. Marx und des Reichsaussenministers Dr. Stresemann ist für Mitte November festgesetzt worden. Die Besatzung des Flugzeuges D 1290 hat mitgeteilt, daß sie heute früh nach den Alpen zu starten beabsichtigt. Im Ruhrbergbau ist nunmehr gleichfalls eine Lohnbewegung im Gange. Nach einer rumänischen Information beabsichtigt Frankreich die Reform des rumänischen Seeres zu finanzieren. In der gestrigen Sitzung des internationalen Arbeitsamtes in Berlin legte Direktor Albert Thomas den Tätigkeitsbericht vor. In dem Vorkampf um die deutsche Schwerkraftsweiserstellung gelang es Franz Dienner, den Titelfortsetzler Rudi Wagner knapp nach Punkten zu schlagen. In Italien und Südrussland wurden gestern leichte Erdbeben verspürt. In Warschau wird für heute in den Verhandlungen mit den amerikanischen Delegierten ein Kompromiß erwartet. Moslawer Meldungen zufolge soll Litwinow zum Nachfolger Kalowski ernannt werden. Die Engländerin Miss Mona W. Lennon hat in 13 Stunden und 10 Minuten den Kanal durchschwommen und damit den Rekord Gertrud Eberles gebrochen.

Neutralität

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 12. Oktober.
Die endgültige Abberufung des Botschafters Kalowski aus Paris steht unmittelbar bevor und es ist nicht mehr als selbstverständlich, daß die Anwesenheit Chamberlains in der französischen Hauptstadt mit der offenen Haltung der französischen Regierung gegenüber Moskau in Zusammenhang gebracht wird. Das ist aber, so logisch es erscheinen mag, doch nicht zutreffend. Kalowski ist nicht Chamberlain, sondern der französische Nachkomme von Opfer gebracht worden, und es wird nicht selbst sehr fatal sein, daß in diesem Fall wirklich nur zufällig Chamberlain Chamberlains in Paris Anlaß zu falschen Kombinationen gibt. Wir glauben nicht, daß die russische Frage überhaupt bei den Unterhaltungen der beiden Außenminister eine so überwältigende Rolle gespielt hat, da Chamberlain sich schon in Genf überzeugt haben dürfte, daß Frankreich heute schon aus finanziellen Gründen für einen Bruch mit Moskau nicht zu haben ist. Wir nehmen viel eher an, daß im Mittelpunkt der Debatte die Langenfrage und die französische Schuldentregulierung an die Vereinigten Staaten gestanden hat. Immer deutlicher zeigt sich nämlich, daß das Verhalten Frankreichs dahin geht, den Ansprüchen Amerikas eine geschlossene Front der europäischen Staaten entgegenzusetzen zu können. Das ist durchaus möglich, denn hier laufen wirklich einmal die Interessen aller europäischen Nationen völlig parallel alle sind teils direkt, teils indirekt an Amerika verknüpft, und alle sind daran interessiert, daß diese Schulden möglichst annulliert oder wenigstens teilweise erlassen werden. So ist das treffende Wort vom „Syndikat der Schuldner Amerikas“ entstanden, und wenn man bisher angenommen hat, daß England diesem Verband fernbleiben würde, so hätten die Pariser Besprechungen ergeben haben, daß man an der Thematik mit Monroe mitmachen würde, wenn die Sache zu Stande kommt. England ist ja selbst bis dort hinaus an Amerika verknüpft und wird selbstverständlich jede Gelegenheit benutzen, die Schulden loszuwerden.
Es bedarf keines Wortes, wie wichtig diese Angelegenheit auch für Deutschland ist, wenn wir

uns natürlich zunächst auch völlig passiv verhalten müssen. Wir selbst haben ja — von den Anleihen abgesehen, die wir aufgenommen haben, und die hier selbstverständlich nicht in Frage kommen — keine direkten Schulden an Amerika, können also auch nicht direkt mit der Aufforderung zur Annulierung dieser Schulden an die Vereinigten Staaten herantreten. Um so interessanter aber sind wir indirekt an der Angelegenheit. Frankreich hat nämlich alle Hinweise auf die Untaugbarkeit der Reparationsleistungen bisher damit zurückgewiesen, daß es selbst ja von unserem Geld gar nichts habe, da es unsere Zahlungen einfach an Amerika weiterleite, gemissermaßen also die Rolle des Geldbriefträgers spiele. Hat die Aktion, die Frankreich und England jetzt offenbar planen, wirklich Erfolg, so könnte es sich selbstverständlich nur um eine Annulierung sämtlicher Kriegsschulden handeln, so daß wir auch unsere Verpflichtungen gegenüber den Staaten der früheren Entente los sein würden. Wir sind natürlich nicht so optimistisch, anzunehmen, daß Amerika sich nun sofort bereit zeigen wird, dem Erlösen Englands und Frankreichs zu entsprechen. Es ist aber doch höchst bedeutsam, daß der Gedanke eines kontinentalen Zusammenstoßes gegen Amerika überhaupt ernsthaft erörtert wird. Deutschland hat natürlich alle Veranlassung, sich in dieser Polemik vorläufig zurückzuhalten, um nicht einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten heraufzubeschwören, die uns sofort erwidern würden, daß sie mit uns gar nicht direkt zu verhandeln hätten. Diese Neutralität wird uns aber nicht abhalten können; den beginnenden Verhandlungen mit größter Aufmerksamkeit zu folgen, da sie auch für unser Schicksal von entscheidender Bedeutung sein dürften.

Nachfeuer

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 12. Oktober.
Der Winterluftverkehr von Berlin nach Westen wird infolge einer wichtigen Neuerung bieten, als der Flug Berlin-Hannover künftig auch bei Nacht zurückgelegt werden kann, da die Strecke beleuchtet werden wird. Bereits seit vorigem Sommer wird die Linie Berlin-Königsberg im Nachtluftverkehr betrieben, und jetzt soll dieser Verkehr auch nach dem Westen Deutschlands erwidert werden.
Das Reichsverkehrsministerium hat den Bau und Betrieb der Nachtluftverkehrszüge, der Signal-Dienst für Luftverkehr G. m. b. H. übertragen, die bereits den Bau weiterer Strecken und zwar Breslau-Gleiwitz, Berlin-Halle-Weipitz und Nürnberg-München in Aussicht genommen hat. Die Feuer werden auf besonderen eisernen Gittermasten aufgestellt, die so nahe beieinander stehen, daß auch bei trübem Wetter von einem Feuer aus das nächste gesehen werden kann. Unschlüssig ist man sich noch darüber, ob die Feuer elektrisch oder mit flüssigem Gas betrieben werden sollen. Als Beleuchtungskörper werden hochleuchtige Gaslampen verwendet, die durch optische Einrichtungen noch verstärkt werden. Der Betrieb wird durch Schalthäfen, welche die Feuer selbsttätig in Gang setzen, von menschlicher Bedienung unabhängig gemacht werden, doch wird selbstverständlich besonders vorgebildetes Personal aus dem Streckendienst tun und jederzeit zur Verfügung stehen. Da die Aufstellung der Masten natürlich in Luftlinie erfolgt, so werden dadurch ganz abgelegene Dörfer, die sonst von jedem Verkehr abgeschnitten sind, auch eine gewisse Bedeutung erhalten.
Es ist weiter in Aussicht genommen, durch leitfähige Folgen von Ausleuchten und Dunkelwerden der Feuer den Fliegern leuchtlich zu machen, in welchem Streckenabschnitt sie sich im Augenblick befinden, so daß sie sich auch an den Feueren orientieren können.

Die Säuberung der mexikanischen Armee

London, 12. 10. (Funkspruch.) Meldungen aus Mexiko zufolge gibt das mexikanische Kriegsministerium bekannt, daß vier Divisionsgeneräle und 20 Brigadegeneräle von ihren Posten entfernt wurden, da sie mit den Revolutionären in Verbindung standen. Wie weiter bekannt wird, sind seit Beginn der Revolution 18 Generale und 64 Offiziere anderer Dienstgrade erschossen worden. Der Eisenbahnverkehr im Süden von Mexiko soll noch unterbrochen sein.

Der Kampf ums Recht

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 12. Oktober.
Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Urteils im Beleidigungsprozess Trestow-Babitz sind dem Reichskanzler von jungdeutscher Seite aus zahlreiche Telegramme zugegangen, in denen er aufgefordert wird, Herrn von Trestow seine Ehre durch eine öffentliche Erklärung wiederzugeben. Auch bei Hasso von Trestow selbst, wie bei der jungdeutschen Ordensleitung laufen Tag für Tag Depeschen ein, die dazu auffordern, auf einer Erklärung des Reichskanzlers zu bestehen. Die Tageszeitung „Der Jungdeutsche“ wird in ihrer nächsten Nummer die öffentliche Aufforderung an den Reichskanzler richten, nunmehr bekannt zu geben, wer sein Gewährsmann für die Anschuldigungen gegen Herrn von Trestow gewesen ist. Weiter wird Reichsinnenminister von Reubell gefragt werden, ob er es war, der dem Reichskanzler diese Informationen gegeben hat.
Die Sache zieht aber noch weitere Kreise. In dem Prozess hat der Vater des Herrn von Trestow unter Eid ausgesagt, daß der deutsch-nationale Landtagsabgeordnete von der Osten-Wartha ein jungdeutscher Hochmeister Wabraun als „Schweinehund“ bezeichnet hat. Herr von der Osten-Wartha erklärte sich nicht erinnern zu können. Wie wir zuverlässig hören, ist der Jungdeutsche Orden fest entschlossen, diese Angelegenheit nicht auf sich beruhen zu lassen. Er hat jetzt an drei deutsch-nationale Abgeordnete, nämlich die Herren von Reubell, von der Osten-Wartha und Hugenberg die Aufforderung gerichtet, ihre falschen Behauptungen über den Jungdeutschen Orden zurückzunehmen. Erfolgt dies nicht in befriedigender Form, so wird der Orden für Klärung seines Verhältnisses zur Deutschen Volkspartei Sorge tragen. Wie wir von absolet zuverlässiger Seite hören, wird den jungdeutschen Brüdern Hartwig und Hüller, die beide Mitglieder der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion sind, bei ihrem Eintreffen in Berlin die Aufforderung zugehen, auch ihrerseits auf Klärung zu dringen. Wie wir weiter erfahren, steht eine Interpellation der Sozialdemokratie bevor, außerdem hat sich Herr von Trestow schriftlich an die Reichskanzlei gewandt und den Reichskanzler offiziell zur Stellungnahme aufgefordert.

Flaggenfriede in Berlin

Einigung der Regierung mit den Hotels
Berlin, 11. 10. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, hat eine Rücksprache, die am 10. Oktober zwischen dem Verein Berliner Hotels und verwandter Betriebe, dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann und dem Staatssekretär des preussischen Staatsministeriums Dr. Weichmann stattgefunden hat, zu folgendem Ergebnis geführt:
Es wurde festgestellt, daß der Verein Berliner Hotels niemals einer Mißachtung der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge Ausdruck gegeben und keine verfassungskonträre Kundgebung veranstaltet hat. Der Verein wird, den Wünschen der Reichsregierung und preussischen Staatsregierung entsprechend, sich dafür einsetzen, daß künftig in allen Fällen, in denen aus nationalen Anlässen festgelegt wird, die Reichsflaggen gezeigt werden. Ebenso werden die Reichsflaggen dann gehißt, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, eine fremde Staatsfahne aufzuziehen. Die preussische Staatsregierung wird infolgedessen das Ersuchen des Ministerpräsidenten vom 25. August und die daraufhin von den Staatsministern herausgegebenen Verfügungen zurücknehmen.

Frankreich finanziert die rumän. Heeresreform

Bukarest, 11. 10. Das Bukarester Blatt „Avantur“ veröffentlicht heute einen Ausbeeren erregenden Artikel des Generals Cantacuzescu, demzufolge Frankreich beabsichtigt, die rumänische Armee mit Hilfe eines zinsfreien Darlehens neu zu bewaffnen. Die rumänische Regierung aber verweigere wohl aus parteipolitischen Gründen die Annahme dieses Angebots. Nach dem französischen Angebot soll die rumänische Armee vor allem ihre veralteten Maschinengewehre durch französische ersetzt bekommen. Der rumänische Generalstab will aber auch erst prüfen, ob die französischen Maschinengewehre wirklich besser sind als die bisherigen.

Die poln. Amerika-Anleihe perfekt

Warschau, 12. 10. (Funkspruch.) In später Nachtstunden hat der im Besonderen unter dem Vorsth Wisludzki tagende Ministerrat das letzte amerikanische Anleiheangebot angenommen. Damit ist der Abschluß der Anleihe entschieden. Die Unterzeichnung des Anleihevertrages soll am 13. Oktober erfolgen. Die Höhe der Anleihe summe beträgt 62 Millionen Dollar und zwei Millionen Pfund Sterling, zusammen ungefähr 72 Millionen Dollar. Der Emissionskurs beträgt 92 Prozent, der Rückkaufkurs 103 Prozent. Die Anleihe soll mit dem Datum des 15. Oktobers auf 20 Jahre emittiert werden und zu 7 Prozent verzinst werden.
Der Ministerrat hat weiter über den Gesetzentwurf zur Stabilisierung der polnischen Währung beraten. Der Jlotz soll auf seinem jetzigen Stand stabilisiert werden. Wie im Zusammenhang hiermit bekannt wird, beabsichtigt das polnische Finanzministerium in Kürze die Auflegung einer größeren inneren Anleihe.

Die Tagung des Internationalen Arbeitsamtes

Berlin, 11. 10. Im weiteren Verlauf der Tagung des Internationalen Arbeitsamtes legte Direktor Thomas einen umfangreichen Tätigkeitsbericht vor, in dem über die internationale Befehlsgebung unter anderem mitgeteilt wird, daß seit der letzten Tagung des Verwaltungsrates vier weitere Ratifikationen zu verzeichnen sind. So hat Frankreich das Arbeitszeitabkommen ratifiziert, unter der Bedingung, daß es erst wirksam wird, nachdem auch Deutschland und England dem Abkommen beigetreten sind. Die übrigen drei Ratifikationen sind in Holland erfolgt. Die Gesamtzahl der eingetragenen Ratifikationen beträgt nunmehr 233. In zahlreichen Ländern liegen weiterhin Beschlüsse der Parlamente vor, die die Regierungen zu weiteren Ratifikationen ermächtigen. Der nächste Kongress des Internationalen Arbeitsamtes soll am 23. Mai 1928 stattfinden. Zum Präsidenten der Berliner Tagung wurde auf deutschen Vorschlag Fontaine-Paris gewählt. Der Vizepräsident Carlier-Belgien trat sein Amt an. Zum deutschen Arbeitgebervertreter Vogel ab. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde Dubegest-Holland gewählt.

Die Steuerbelastung der deutschen Industrie 1913 und 1925

Soeben erscheint unter dem vorstehenden Titel als Heft 36 der Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie eine Broschüre, die im Auftrage des Reichsverbandes von Prof. O. Tscholl, Oberregierungsrat im preussischen Reichsanwaltschaftsamt, Diplomvolkswirt R. G. Wöhner und J. M. Arentz, Amtsrat im preussischen Reichsanwaltschaftsamt, bearbeitet ist. Das Ergebnis dieser Schrift, das sich auf ein politisches von rund 300 Unternehmern zur Verfügung gestelltes Zahlenmaterial stützt, läßt sich in folgenden Hauptpunkten zusammenfassen: 1. Die unterliegenden Unternehmungen lieferten im Jahre 1925 durchschnittlich 63 Prozent ihres gesamten steuerpflichtigen Einkommens, bzw. 5,5 Prozent des insgesamt in ihnen arbeitenden Gewerbestandes an den Steuerfiskus ab. 2. Die Gesamtsteuerbelastung der unterliegenden Industrien betrug 1925 das 11,34fache und — ohne Umsatzsteuer — das 8,76fache der Gesamtsteuerbelastung im Wirtschaftsjahr 1913. 3. Durch den Steuerbedarf des Reiches werden 37,29 Prozent und durch die Steuerbedürfnisse der Länder und Gemeinden 62,17 Prozent der Gesamtsteuerbelastung der unterliegenden Unternehmungen betroffen. 4. Ueber zwei Drittel (67,83 Prozent) der Steuerleistungen der unterliegenden Unternehmungen erfolgen in der Erhebungsform der Realsteuern. 5. Zwei Drittel (65,37 Prozent) der Steuerleistungen der unterliegenden Unternehmungen sind Einkommensteuern. 6. Die Gewerbesteuer und die Grunderwerbsteuern, ferner auch die Vermögenssteuern wirken sich auf unsere industrielle Leistungskraft wirtschaftlich als progressive Belastung schwerer an. Sie belasten das Maß der jeweiligen Kapitalaufwendungen in den verschiedenen Produktionsstadien und Unternehmungen. 7. Die Lohnsummensteuer wirkt sich infolge ihrer Höhe und ihrer Bemessungsgrundlagen volkswirtschaftlich geradezu als eine Belastung von Arbeitsverwendungsmaßnahmen aus. Sie trifft die einzelnen Unternehmungen umso härter, je bessere Lohnverhältnisse sie haben und je mehr Arbeiter sie beschäftigen, d. h. je höher ihr volkswirtschaftlicher Wert zu veranlagen ist.